

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolportage sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn; per Kreuzband 1,15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anzerate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gepaltene Beilage kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 17.

Sonntag, den 23. April.

1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

**Zur gest. Beachtung!** Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag Abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag Vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## Maifest-Gegner.

Δ In wenigen Tagen begehen wir wieder die Feier des 1. Mai, und abermals sind den Maifeiern Kämpfe innerhalb der Gewerkschaften und deren Generalversammlungen vorangegangen. Die Maifestgegner sind weit zahlreicher, als man gewöhnlich glaubt, und die wenigsten sind so ehrlich wie Gué, sich direkt zu sträuben, Maifeiereferate zu übernehmen oder Maifestartikel zu schreiben. Der größte Teil der Maifestgegner faßt Posto hinter Erwägungen der subtilsten Art, aus welchen die Freunde der Maifeier trotz alledem immer nur das „Nein“ herausgehören. Ein Teil der Maifestgegner glaubt, daß durch die Erfüllung der Arbeitsruhe am 1. Mai „Uneinigkeit“ unter den Gewerkschaften geschaffen würde und fragt, was mit den ungehorsamen Gewerkschaften geschehen solle. Eine Demonstration für die Arbeitsruhe sei die Maifeier heute nicht. Die Maifeiern hätten heute in ihrer Unbedeutendheit etwas Deprimierendes an sich. Man sei nicht „an sich“ gegen die Maifeiern, sondern frage nur: wie erreicht man am besten den Zweck?

Andere betonen den mangelnden Idealismus bei der Maifeier und stellen denselben die Angst der Arbeiter, ob sie auch für den Fall der Entlassung aus der Arbeit wieder Arbeit bekommen, gegenüber. Schon wochenlang vorher beherrschte viele diese Angst und die ganze Sorge, ob sie für den Fall des Herausfallens aus der Arbeit auch Unterstützung bekommen würden. Ein Gewerkschaftsführer ging sogar so weit, zu äußern, daß wir Arbeiterführer auch die Aufgabe haben, zu prüfen, ob eine Maßregel im Interesse der Organisationen liege und man nicht alles mitmachen könne, was augenblicklich „mode“ sei. Wie werde es bei einer Krise, einer schlechten Konjunktur für die großen Organisationen werden? Auch sei es unrecht von den Freunden der Maifeier, sich über die Köpfe der Führer hinweg direkt an die Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen zu wenden und dieselben vor den Beeinflussungen der Gewerkschaftsführer in der Maifeier-Frage zu warnen. Dadurch würde Zerklüftung zwischen den Gewerkschaften und deren Führern herbeigeführt, und was dergleichen mehr ist.

Darin stimmen schließlich auch die Maifestgegner überein, daß sie für den Abend des 1. Mai die Feiern beibehalten wollen, „weil das in anderen Ländern auch so geübt würde“.

Ohne uns auf alle hier erhobenen Einwände einzulassen, stellen wir zunächst zweierlei fest. Einmal: daß die auch vom Parteitag zu Bremen 1904 angenommene Maifeierresolution fordert, den 1. Mai als das Weibefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden, zu feiern und „als die würdigste Feier des 1. Mai die allgemeine Arbeitsruhe zu betradten.“

Das ist keine Forderung, die Arbeit überall und unter allen Umständen ruhen zu lassen, sondern es ist den Gewerkschaften die Entscheidung darüber, in welchen Fällen sie die finanzielle Verantwortung übernehmen wollen, überlassen worden, wie Genosse Fischer-Berlin auf dem Bremer Parteitag völlig richtig ausgeführt hat. Die Bremer Resolution befaßt ferner, indem sie die obigen Sätze näher bestimmt:

„Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den andern Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Klarer kann gar nicht ausgedrückt werden, daß nur der Möglichkeit nach der 1. Mai durch das Ruhenlassen aller Arbeit begangen werden soll, daß aber die Organisationen neben anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe einzutreten haben. Und es erschiene unbegreiflich, daß noch gegen die vollständige Arbeitsruhe, die gar nicht gefordert worden ist, Sturm gelaufen werden könnte, wenn nicht die zu Eingang mitgeteilten Proben über die wirkliche Anschauung vieler Gewerkschaftsführer, die sie nicht etwa auf dem Bremer Parteitag, sondern auch nach Annahme der Resolution in Bremen, d. h. noch im laufenden Jahre kundgegeben haben, — erkennen ließen, daß sie die Maifeiern überhaupt teils zwecklos, teils direkt für schädlich für die Organisationen halten. Einige haben sogar gefragt, was die Gegner sagen würden, wenn wir die Arbeitsruhe fallen ließen. Diese würden uns dann „höhnern“.

Wir glauben nun freilich, daß uns das Urteil der Gegner im bürgerlichen Lager, die ja als Unternehmer an der Verhinderung jeglicher Arbeitsruhe direkt interessiert sind, zuletzt Kopfschmerzen bereiten dürfte,

in einer idealen Angelegenheit, die lediglich die Klasse der Lohnarbeiter angeht. Aber gerade bei diesem „Schielen“ nach den Gegnern zeigt sich das wahre Gesicht der Maifestgegner in unseren Reihen. Drehen wir nur einen Augenblick den Spieß um und fragen wir, ob die bürgerliche Welt ihre Sedanfeste, die zum großen Teile ja Hofuspokus geworden sind, etwa bloß deshalb aufrecht erhält, weil sie unserer, der Sozialisten „Hohn“ fürchten? O nein! Unsere Gegner schauen sich dieserhalb nach uns nicht um, wenn sie auch selbst wünschen, daß ihre Sedanfeste in irgendeiner unauffälligen Weise von selbst verschwinden möchten. Und was die Gegner nicht tun, sich um uns bei ihren Festen zu richten, das sollte unsere Partei tun?

Gewiß verknüpft sich mit unseren Maifeiern ein großes Stück Idealismus, denn der Weltfrieden, der allgemein eingeführte Achtstundentag u. a. — wann werden sie verwirklicht sein? — doch nicht eher, wenn mit dem Sozialismus und dessen Forderungen überhaupt, und wir wollen bloß wünschen, daß bei manchen unserer heutigen Maifestgegner der Idealismus groß genug ist, sich auch mit dem ersten Teil unseres Parteiprogramms, welcher die allgemeinen Forderungen des Sozialismus und das „Endziel“ enthält, zu identifizieren. Manchmal steigen uns in der Tat gelinde Zweifel auf. Jedenfalls müssen wir uns dagegen entschieden verwahren, den „Massenschritt der Arbeiterbataillone“ in eine Leihreterei und das „Schielen“ nach dem, was die Gegner sagen werden, umzuwandeln.

Die zweite Feststellung: Daß es sich am 1. Mai um die allgemeine Arbeitsruhe als Selbstzweck ja nicht handelt, daß nur die „würdige Feier“ des 1. Mai die allgemeine Arbeitsruhe darstellt. Der Inhalt der Maifeier ist ein ganz anderer. Wir demonstrieren am 1. Mai für

den gesetzlichen Achtstundentag,  
den gesetzlichen Arbeiterschutz,  
die Bekämpfung des Militarismus,  
die Herbeiführung des Weltfriedens.

Wie sehr zeigen deshalb jene ihre Oberflächlichkeit, die meinen, „eine Demonstration für die Arbeitsruhe sei die Maifeier heute nicht“. Sie mühten vielmehr sagen, eine solche Demonstration sei die Maifeier nicht bloß, sondern weit mehr!

Welcher Dünkel liegt ferner darin, zu sagen, daß die Arbeiterorganisationen nicht alles mitmachen könnten, was „augenblicklich mode“ sei; es sei Aufgabe der Arbeiterführer, zu prüfen usw.; als handle es sich bei den seit dem Jahre 1889 bis 1904 gefaßten Maifeierbeschlüssen, oder auch beim Amsterdamer Beschluß, der die „Pflicht“ der Organisationen, die Arbeitsruhe anzustreben, statuierte, nur um eine „Mode“ oder „Modetranchheit“. Das ist einfach eine Beleidigung der organisierten Arbeiter, wie deren internationaler Kongresse. Wenn allerdings Arbeiter- und Gewerkschaftsführer einen solchen Standpunkt zu Beschlüssen internationaler Arbeiterkongresse einnehmen können, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn sich die Genossen über ihre Köpfe hinweg an die Arbeiter in den Gewerkschaftsorganisationen wenden, denn schließlich sind es dann auch die betreffenden Gewerkschaftsführer mit ihrem Ich-Zum, welche „Uneinigkeit“ schaffen, nicht aber diejenigen Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder, die an der Maifeier in der bisherigen Weise festhalten wollen. Genosse Richard Fischer hat in Bremen bei Begründung seiner Maifeierresolution obendrein darauf hingewiesen, daß der Amsterdamer Beschluß von den politischen Parteien gefaßt worden sei. Sowohl auf dem internationalen Konareß in Paris 1889 als auf allen folgenden internationalen Kongressen, einschließlich des Amsterdamer, waren die Vertreter der Gewerkschaften mit abwesend, alle Beschlüsse, auch die in bezug auf die Maifeier, sind unter Mitwirkung der Vertreter der Gewerkschaften zustande gekommen.

Die Maifestgegner innerhalb unserer Reihen hoffen, daß der nächste internationale Kongreß anders als der Amsterdamer beschließen möge und insbesondere, wenn man überhaupt die Maifeiern beibehalten wolle, diese auf den Sonntag nach dem 1. Mai oder auf den Abend des 1. Mai verlegen dürfte.

Mögen sie immerhin hoffen; wir hoffen im Gegenteil, daß auch der nächste internationale Kongreß im Sinne seiner Vorgänger beschließen werde, und daß sich auch die allgemeine Stimmung in den Gewerkschaften schließlich für die Fortführung der Maifeiern in bisheriger Weise entwickeln wird, daß auch die heute Widerstrebenden für den

„Bis zum Amsterdamer Kongreß handelte es sich in den Resolutionsen, den 1. Mai betreffend, immer nur um das „Er-suchen“ an die Organisationen.“

unitaren Charakter der Maifeier gewonnen werden, da nur die Einheitlichkeit der Demonstration der organisierten Arbeiter auch hier die Wirkung auf die bürgerliche Gesellschaft verbürgt.

Erstreben wir daher auch diesmal, soweit es angängig, die volle Arbeitsruhe am 1. Mai, um durch sie am würdigsten unsere Forderungen zu vertreten; es ist der Standpunkt auch des Dichters:

Frisch auf mein Volk, mit Trommelschlag,  
In Sturmes Wetterchein;  
O, wag es doch nur einen Tag,  
Nur einen, frei zu sein!

## Rundschau.

Ein Teil des so hochgepriesenen Gebäudes der deutschen Sozialpolitik, vor dem angeblich das ganze Ausland bewundernd steht, droht einzustürzen. Graf Kosjadowitsch hat schon vor einigen Monaten im Reichstage angekündigt, daß die Beiträge zur Alters- und Invaliditätsversicherung wesentlich erhöht werden müßten, wenn man den stetig wachsenden Fehlbetrag in dem Rentenfonds vermeiden wolle. Einige Landesversicherungen haben sich mit dem in Aussicht stehenden Defizit beschäftigt. Die schlesische Landesversicherungsanstalt hat eine Denkschrift über die deutsche Alters- und Invaliditätsversicherung ausgearbeitet, die zu dem Ergebnis gelangt, daß wegen der stetig wachsenden Ausgaben eine allgemeine Erhöhung der Beiträge, die allmählich bis auf einige wenige Prozent der Beitragssätze steigt, vorgenommen werden muß, da andernfalls ein Defizit unvermeidlich wäre, welches im Jahre 1908 7, 1909 26, 1910 aber bereits 53 Millionen Mark betragen würde. Die schlesische Zeitung spricht angesichts dieser Sachlage von einem verhängnisvollen Vorstoß der Invaliditätsversicherung. Als Ursache des Defizits können die Leistungen den Versicherten gegenüber nicht geltend gemacht werden. Die Renner unserer Sozialpolitik haben im Reichstag fast alle Jahre die Uebel gezeigt, an denen unsere Sozialpolitik krankt; sie haben aber bisher stets tauben Ohren gepeitigt.

Die „sichere Existenz“. In der Zigarrenfabrik von Wein und Reis (Inhaber: Ludwig Müge) in Frankfurt ist eine Arbeiterin, die im Mai dieses Jahres bereits 24 Jahre in diesem Geschäft tätig ist, seit circa 14 Tagen krank. Vor einigen Tagen schickte ihr nun die Firma folgendes Jubiläumsschreiben: „Wir wir in Erfahrung brachten, wollen Sie vor Ostern nicht mehr zur Arbeit kommen und sind wir deshalb leider gezwungen, Ihnen zu kündigen, so daß Ihre Arbeitszeit bei uns am 17. d. M. beendet ist.“ So lohnt die Firma die 24 Jahre Arbeit dieser Arbeiterin.

Als Blutsauger erweisen sich in vielen Fällen die privaten Stellenvermittlungsbureaus. Ganz besonders schlimm steht es aber in dieser Beziehung mit der Arbeitsvermittlung im Berliner Bädergewerbe. Nach einer Statistik, die vom Vorstand des Bäderverbandes in Berlin aufgenommen und deren Ergebnisse dieser Tage in einer öffentlichen Versammlung mitgeteilt wurden, ziehen die sogenannten Kommissionäre dort den arbeitslosen Bädergesellen jährlich mindestens 25 000 Mark Vermittlungsgebühren aus der Tasche. Für sog. „gute“ Stellen werden oft unerhörte Gebühren gefordert, in manchen Fällen sind 50, ja sogar 100 Mark an den Kommissionär bezahlt worden! Ein Geselle zahlte in einem Jahre 80 Mark Vermittlungsgebühren und erlangte dafür auf 6 Monate Arbeit, was ihm eine Bar-einnahme von 213 Mark brachte. Das gefährlichste an dem Kommissionärwesen ist, daß diese Leute direkt die Arbeits-löhne der Gesellen drücken. Da sie ein hohes Interesse an öfterem Stellungswechsel haben, bieten sie den Meistern immer von neuem billigere Arbeitskräfte an und bringen die in Arbeit befindlichen Gesellen wieder ums Brot. Auf Grund der Ergebnisse der oben erwähnten Statistik ist der Vorstand des Berliner Gesellenverbandes beauftragt worden, bei den gesetzgebenden Körperschaften die nötigen Schritte zu tun, daß sie die Arbeitsvermittlung staatlich oder behördlich regeln und jede Privat-arbeitsvermittlung fernerhin unmöglich machen.

Bei den Ortskrankentassenwahlen in Osnabrück am 11. Dezember vorigen Jahres siegten die Vertreter unserer Gewerkschaften mit 513 gegen 471 Stimmen der vereinigten christlichen, katholischen, evangelischen und Hirsch-Dunderschen Gegner. Wegen Formfehlers wurde die Wahl annulliert und eine neue Wahl am 12. März vollzogen. Diesmal fiel der Sieg mit 760 gegen 650 Stimmen wiederum unseren Vertretern zu.

## Berichte.

Ähm. In der letzten Versammlung der Tabakarbeiter lautete die Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Vortrag von Gerlach: Ist der Deutsche Tabakarbeiterverband eine Kampforganisation? 3. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Kassierer verlesen und für richtig befunden. Zum 2. Punkt führte Genosse Gerlach aus, daß der Verband durch die Beitragserhöhung keine Verringerung, sondern nur eine Erhöhung der Mitgliederzahl erzielt hätte. Unter Verschiedenes wurde vom Genossen Schumacher der Wunsch ausgesprochen, daß die organisierten Kollegen auch ihre Frauen in den Verband aufnehmen lassen sollten, da die Frauen ebensogut verpflichtet seien, sich zu organisieren. Ferner wurde noch bedauert, daß sich die Lage der Tabakarbeiter in Norddeutschland immer mehr verschlechtert, so wird auch wieder die Zigarrenfabrik von Krone u. Kruthopp von Ähm nach Löhne verlegt, um dort niedrigere Löhne zu er-







## Die Zigarrenindustrie in Waldheim i. S.

Es wird vielleicht mancher der Meinung sein, daß in Waldheim die besten Verhältnisse herrschen, weil so wenig von hier zu hören ist. Daß dem nicht so ist, sei hier mit einigem Material gebiet. Hier bewahrt sich das Wort auch: „Je schöner die Natur, desto tiefertrauriger die wirtschaftlichen Verhältnisse!“ In Romantik, man mag nun von Nord, Süd, Ost oder West kommen, läßt Waldheim nichts zu wünschen übrig. Einen düstern Schatten hat es allerdings aufzuweisen — das Zucht- und Scheuergeldmodus. Trotz der Bezahlung kommt es vor, daß Säle, Treppen zc. 4—5 Jahre nicht gescheuert worden sind. Die Bedürfnisanstalten werden aller drei Wochen nur gewischt. Hier müßte sofort Aenderung eintreten.

Auf die Zucht- und Scheuergeldmodus, sei hier folgendes erwähnt. Die Firmen C. A. Döring (bekannt durch die Reichstagsersatzwahl 1901, wo sie sämtliche Arbeiter auf die Straße warf wegen Abgabe roter Stimmzettel) und A. Weister lassen hauptsächlich ihre Waren im Zuchthaus anfertigen. Erstere besitzt noch eine Filiale in unserer Nachbarkäthe Gartha. Daß dort auch keine rofigen Zustände herrschen, beweist der Artikel vergangenes Jahr (Zuli-Nummer) im Tabak-Arbeiter. Im ganzen beträgt die Produktionssumme 4—500 Mille pro Woche. Davon in Gartha 40—50 Mille, alles übrige im Zuchthaus. Wie mancher freie Arbeiter, der auf der Landstraße liegt, könnte da beschäftigt werden. Letztere Firma beschäftigt annähernd 40 freie, zum größten Teil Hausarbeiter. An Löhnen bezahlen beide Firmen pro Tag für einen Sträfling 75 Pfg. bis 1 Mk. Inhaber erstgenannter Firma ist im Besitz — laut Einschätzung — von sechs Millionen Mark. Die Millionenanhäufung nimmt bei solchen Löhnen allerdings kein Wunder.

Im Durchschnitt wird für Fabrikarbeit 6—10 Mk. pro Mille bezahlt, bei roh gelieferten Tabak. Die Hausarbeiter haben in vielen Fabriken überhaupt keine feste Lohn-tabelle. Sie erhalten durchgängig 50 Pfg. pro Mille weniger, als die Fabrikarbeiter. Zum größten Teil sind es, wie schon erwähnt, Arbeiterinnen, die lassen sich das ruhig gefallen. Diese Löhne sind von der Profitivität der Unternehmer diktiert, die doppelten Profit einstecken. Auf der einen Seite Ersparrung der Miete, Feuerung, Licht, des Inventars usw., auf der andern Seite noch Abzug von 50 Pfg. Daß bei solchen Zuständen nicht mehr wie 8 bis 12 Mk. zu verdienen sind, bedarf wohl keiner Erörterung weiter. Dieser Verdienst, der kaum für das Notdürftigste bei den heutigen Verhältnissen ausreicht, zwingt zu Nebenarbeiten, hauptsächlich der Männer. Nebenberufe, wie Lohnkellner, Tanzmeister, Musiker usw. betreiben hier viele.

Seit dem Verbot der Kinderarbeit sieht man jeden Fabriktabakarbeiter, männlich oder weiblich, mit einer Hupe Tabak seinem Heim zutauern. Nach Feierabend, wenn andere Berufsarbeiter spazieren gehen können, müssen sich unsere Tabakarbeiter hinsetzen und abrippen, damit am andern Tag Tabak resp. Einlage zur Hand ist.

Daß bei den geschilderten Zuständen Krankheiten entstehen müssen, ist leicht zu begreifen. Der letzthin herausgegebene Geschäftsbericht der Ortskasse gibt ein recht anschauliches Bild. Dieser Bericht brandmarkt unseren Beruf; ihm sei folgendes entnommen: Auf Veranlassung des Stadtrats zu Waldheim mußte die Kassenverwaltung eine Statistikk ausarbeiten über die versicherungspflichtigen Hausgewerbetreibenden. Dieselbe ergab, daß der Ortskasse 1011 Hausgewerbetreibende, fast ausschließlich Tabakarbeiter, angehört. Diese 1011 Mitglieder brachten an Beiträgen 8895.67 Mk. auf. An Leistungen erforderten diese an Krankengeld 6110.50 Mk., an Wöchnerinnenunterstützung 1826 Mk., an Krankenhauskosten 173.77 Mk. an Arznei und Heilmitteln zirka 1600 Mk. Zu diesen Beträgen wären nun noch die Ausgaben für ärztliche Behandlung, Sterbegeld und Verwaltungskosten zu rechnen. Die Gesamtausgaben für die Hausgewerbetreibenden übertreffen demnach die Einnahmen um einige Tausend Mark. Welche Ursachen liegen dem zu Grunde? Es fällt hier besonders ins Gewicht, daß die Hausgewerbetreibenden zum größten Teil weibliche Personen sind. Infolge niedrigen Verdienstes müssen sie niedrigen Lohnklassen zugeteilt werden. Die der Klasse aus diesen Kreisen zufließenden Beiträge sind deshalb geringe. Andererseits ist die Krankheitsgefahr und -dauer weit höher, als bei den männlichen Mitgliedern. Ferner ist durch die hohe Zahl weiblicher Mitglieder auch der gezahlte Betrag von Wöchnerinnenunterstützung ein verhältnismäßig hoher. Gefühle um Uebernahme eines Selbstfahrers nach § 18 des Invalidengesetzes wurden 49, im Vorjahre 39 gestellt. Hier von fanden 35 (im Vorjahre 26) die Genehmigung der Landesversicherungsanstalt des Königreichs Sachsen. Die Zahl der Kindersterbefälle hat

Gezeggung bereit sein, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen.

Es ist aber selbstverständlich, daß die Erfüllung dieser Forderungen um so weitergehend sein und um so wirksamer gestaltet sein wird, je besser die Arbeiterklasse im gesetzgebenden Körper vertreten ist. Denn der Streik kann nur bewirken, daß dieser Körper den Willen erhält, etwas zu tun, was die Arbeiter einigermaßen befriedigt. Er kann nicht die Details der gesetzgeberischen Tat bestimmen. Indes die Erfahrung zeigt, wie leicht man ein Gesetz so gestalten kann, daß es vielversprechend aussieht und doch unwirksam, rein auf dem Papier bleibt. Bei den bürgerlichen Abgeordneten und gar bei den Regierungen ist aber in solchen Fällen nur der Krieg mächtig, etwas zu tun, was nach einer Hilfe aussieht. Einen ernsthaften Kampf gegen die mächtigen Monopolisten aufzunehmen haben sie kein Bedürfnis. Soll etwas Wirkames zustande kommen, so muß hier die Kritik sozialdemokratischer Abgeordneter eingreifen, die dem Kapital rücksichtslos gegenüberstehen, die mit den Pfaffen und Schlichen der Fabrikation und Anwendung von Gesetzen vertraut sind, und die der Arbeiterklasse entstammen oder in engster Verbindung mit ihr leben, deren Bedürfnisse aus eigener Erfahrung kennen.

Nur auf diesem Wege lassen sich noch erhebliche Fortschritte für die Bergarbeiter erzielen. Der Streik gegen die Grubenbesitzer ist aussichtslos geworden; der Streik muß von vornherein als politischer auftreten, seine Forderungen, seine Taktik müssen darauf berechnet sein, die Gesetzgebung in Bewegung zu setzen, und der

streif ebenfalls um rund 15 Proz. gesteigert. Im Vorjahre starben 49, dagegen im letzten 75. Für die Invalidenversicherung wurden im Vorjahre 35 Marken im Werte von 33 816.66 Mk. (im letzten Jahre 35 548.94 Mk.) verwendet. Erwähnt sei noch, daß in Waldheim 1904 Invaliden- und Krankenrenten im Betrage von 26 895 Mk. liefen. Dieser Teil des Berichts schildert in seinen Grundzügen das Elend der Tabakarbeiter. Die Kasse ist nicht in der Lage, derartige Stöße, wie die angeführten, zu ertragen. Eine Mehrbelastung der Tabakarbeiter durch höhere Beiträge wird die Folge sein. Man kann doch den andern Berufsarbeitern nicht zumuten, daß sie die Tabakarbeiter mit erhalten sollen. Zur Mehrbelastung ist die Kasse laut Statut berechtigt.

Die Organisation resp. deren Ausbreitung sei hierbei noch erwähnt. 1889 wurde unsere Zahlstelle gegründet. Die Fluktuation war auch hier eine große. Welche Schwierigkeiten der Ausbreitung entgegenstehen, sei hier kurz erwähnt. 1871 traten hier sämtliche Tabakarbeiter in einen Lohnkampf. Dieser mußte wegen Mangel an Mitteln zungunsten der Arbeiter enden. Auch die Gründung und Fällierung einer Genossenschaft trägt viel mit zu den Hindernissen bei. Muß man sich doch noch heute sagen lassen, daß man derartige Vorkommnisse von dazumal gern noch einmal heraufbeschwören möchte durch die Organisation! Zu solchen Reden ist ein Kommentar überflüssig. Dies alles erschwert die Ausbreitung der Organisation. Leider ist noch zu bemerken, daß es hier viele gewerkschaftlich organisierte Männer anderer Berufe gibt, deren Frauen in der Tabakindustrie tätig sind. Daß sie dieselben ermunterten und aufriethen, sich ihrer Organisation, dem Tabakarbeiterverband, anzuschließen, fällt diesen gar nicht ein. Im Gegenteil, sie halten sie noch davon ab. Ein solches Verhalten ist aufs schärfste zu verurteilen. Sobald die Frau gezwungen ist, mitzuverdienen, was hier zum größten Teil der Fall ist, gehört sie auch in die Reihen des Tabakarbeiterverbandes. Wir möchten jedem Tabakarbeiter anraten, sich einmal das hier geschilderte Elend vor Augen zu halten und die Frage aufzuwerfen: Wer kann hier helfen? Die Antwort kann nur so ausfallen: die Organisation, der Tabakarbeiterverband, kann es.

Eine berechtigte Forderung der Tabakarbeiter ist die, daß zugerichteter Tabak unentgeltlich geliefert würde. Ebenso wäre ein einheitlicher Minimallohn von 8 Mk., wie ihn der Verband vorschreibt, angebracht. Der Schmuckfunktions würde durch diesen ein Damm vorgelegt. Unsere Unternehmer können dieselbe nur durch schlechte Arbeitslöhne erhalten. Besserer Verdienst ermöglicht bessere Nahrung zu sich zu nehmen, und Krankheitskeime zu ersticken. Die Kindersterblichkeit, die größtenteils die Folge von Heimarbeit und Unterernährung ist, ginge zurück. Die Mehrbelastung der Ortskasse könnte nicht eintreten, und nicht zuletzt würde unsere Industrie einen Aufschwung erhalten.

Mögen die Waldheimer Tabakarbeiter diese Worte beherzigen und ihre Schlüsse daraus ziehen. Für sie muß die Parole jetzt sein: Anschluß an den Deutschen Tabakarbeiterverband! Dann können und werden andere Verhältnisse eintreten.

## Gewerkschaftliches.

**Braunischwalde (S.-A.).** Infolge Ausperrung etlicher Mitglieder wird erjucht, den Zuzug fernzuhalten.

**Braunschweig.** Infolge von Arbeitsmangel und Maßregelung von 5 Mitgliedern ist Zuzug nach hier fernzuhalten. Die Bevollmächtigten.

**Bredereiche (Kreis Templin).** Bei der Firma Maaß hier selbst bestehen Lohn Differenzen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

**Büren i. Westfalen.** Bei der Firma Fr. Stellmann fanden Lohnmäßige und Maßregelungen statt und wolle man deshalb den Ort meiden. Die Bevollm. von Lippstadt.

**Dahme.** Diejenigen Kollegen, welche gedenken, hier in Arbeit zu treten, wollen sich um Auskunft erst an den 1. Bevollmächtigten wenden.

**Deuben.** Wegen Maßregelung bei der Firma Leo u. Fischer erjuchen wir die Mitglieder, den Zuzug streng fernzuhalten.

## Die Lehren des Bergarbeiterstreiks.

Von R. Kautsky.

(Schluß.)

Bei einem Streik dieser zweiten Kategorie kommt aber nicht bloß die Sympathie der ausgebeuteten Konsumenten mit den ausgebeuteten Produzenten in Betracht — das ist, wie gesagt, eine sehr wenig wirksame Kraft —, sondern vor allem die große Unbequemlichkeit, ja Schädigung, die die Konsumenten durch den Streik erleiden. Wir haben ja gesehen, daß die Unangreifbarkeit der Unternehmer der Monopole gegenüber einem Streik gerade darin beruht, daß dessen Schäden weit mehr die Konsumenten als sie selbst zu tragen haben.

Je umfassender ein solcher Streik ist, je mehr er aus einer lokalen zu einer nationalen, das ganze Volk berührenden Angelegenheit wird, desto näher liegt es dann, daß die Gesetzgebung eingreift, um den Streik zu schlichten, und daß sie den Bergarbeitern gibt, was diese nicht imstande sind, direkt den Unternehmern abzutragen. Die bürgerliche Gesellschaft hat keine Ursache, sich für diese besonders kräftig ins Zeug zu legen, die ihr selbst das Fell über die Ohren ziehen; sie ist in diesem Falle eher als sonst geneigt, auf gesetzlichem Wege den Arbeitern Konzessionen zu bewilligen, deren Kosten ja nur eine Unternehmerrückicht zu tragen hat, die innerhalb der Kapitalistenklasse eine privilegierte Aristokratie darstellt. Je größer die Schädigung, die der Streik dem allgemeinen Produktionsprozess der Gesellschaft zufügt, desto leichter wird die

Streik muß vorbereitet werden nicht bloß durch die möglichste Stärkung der Gewerkschaft und ihrer Kasse, sondern auch durch politische Aufklärung ihrer Mitglieder und das Streben nach einer möglichst starken Vertretung des kämpfenden Proletariats im gesetzgebenden Körper.

Soweit der jetzige Streik überhaupt etwas erreicht, kann es nur in der Anregung geschehen, die er und die aus ihm resultierenden Verhandlungen des Reichstags zur Schaffung gesetzgeberischer Maßregeln boten. Und dabei kann es keinem Zweifel unterliegen, daß diese — wie immer sie jetzt ausfallen mögen — weit umfassender und wirksamer gestaltet würden, wenn der Streik noch länger hätte dauern können, wenn er ganz Deutschland umfaßt hätte, durch eine starke internationale Aktion unterstützt worden wäre — kurz, wenn die Gefährdung der nationalen Produktion durch ihn noch gewaltiger gewesen wäre — und andererseits, wenn das allgemeine gleiche Wahlrecht zum preussischen Landtag bestände und in diesem eine starke sozialdemokratische Fraktion säße.

Diese neue gewerkschaftliche Taktik — die des politischen Streiks — der Verbindung von gewerkschaftlicher und politischer Aktion, ist die einzige, die den Bergarbeitern noch möglich bleibt, sie ist überhaupt diejenige, die bestimmt ist, die gewerkschaftliche wie die parlamentarische Aktion neu zu beleben und der einen wie der andern erhöhte Aggressivkraft zu geben; die bestimmt ist, noch die größten Siege für das Proletariat zu erringen und in dem Maße mehr in den Vordergrund zu treten, in dem die isolierte gewerkschaftliche wie die isolierte parlamentarische Aktion unfruchtbarer wird.

